

**Antrag 07****Antragsteller\*innen:** DIE LINKE. Hessen Landesvorstand**Antragsthema:** Klima vs. Kapitalismus – DIE LINKE. Hessen hat sich entschieden!**Antragsbegehren:**

Der 12. Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Klima vs. Kapitalismus – DIE LINKE. Hessen hat sich entschieden!**
- 2 Obwohl der Klimawandel die größte gesellschaftliche Herausforderung darstellt, da er unsere
- 3 gesamte Existenz bedroht, sind weder Landes- noch Bundesregierung bereit schnelle sowie
- 4 ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen und die Energie-, Verkehrs- und Agrarwende umzusetzen –
- 5 die drei drängendsten Bereiche eines sozial-ökologischen Umbaus.
- 6 Dafür gibt es eine einfache Erklärung: Ökologische Nachhaltigkeit wird innerhalb des wachstums-
- 7 getriebenen Kapitalismus nicht realisierbar sein. Er ist Ursache und Triebfeder dieser seit der
- 8 Industrialisierung andauernden Ausbeutung natürlicher Ressourcen sowie menschlicher
- 9 Arbeitskraft und wird auf die umfassende Biosphärenkrise, von der die Erderhitzung nur ein Aspekt
- 10 ist, keine Antwort finden. Die Versprechen des Markts oder die Illusion, ökologische Nachhaltigkeit
- 11 allein auf technischem Weg herzustellen, werden nicht mit dem bisherigen ab-surd – weiter
- 12 steigenden – Niveau an Produktion und Verbrauch oder dem weiteren Einverleiben von Bereichen,
- 13 die noch nicht kapitalistisch organisiert sind, brechen können. Freiwillige Selbstverpflichtungen
- 14 von Konzernen dienen lediglich dazu, Zeit zu schinden um nicht effektiv handeln zu müssen, um
- 15 kurzfristige Profite zu erzielen.
- 16 100 Konzerne sind seit 1988 für 71 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Über
- 17 die Hälfte dieser globalen Emissionen wird von „nur“ 25 (privaten und staatlichen) Unternehmen
- 18 verursacht.
- 19 Die angebliche Macht der Konsument\*innen wird zwar die Märkte, Produkte und
- 20 Produktionsweisen in begrenztem Maße verändern – die kapitalistische Wachstumsmaschinerie
- 21 jedoch allein nicht stoppen können.
- 22 Angesichts der derzeitigen Herausforderungen erfordert Klimapolitik drastische Maßnahmen.
- 23 Klimapolitik darf aber niemals sozial ungerecht sein, denn Ökologie und Soziales sind zwei Seiten
- 24 derselben Medaille. Es darf nicht zugelassen werden, dass Reiche es sich leisten können, das Klima
- 25 zu verpesten, und Arme mit den Umweltfolgen, höheren Preisen und Mieten, mit weniger
- 26 gesellschaftlicher Teilhabe belastet werden.
- 27 Die ökologische Transformation muss Hand in Hand mit der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit
- 28 gehen, den Menschen die Existenzängste nehmen und echte gesellschaftliche Teilhabe ermög-
- 29 icken. Gerade unter den Bedingungen des notwendigen Rückbaus der Wachstumsökonomie muss
- 30 soziale Umverteilung umso radikaler erfolgen. Die Menschen werden den sozial-ökologischen
- 31 Umbau nur dann aktiv mittragen, wenn es dabei gerecht zugeht.
- 32 Auch Kriege und Militär stehen einer sozialökologischen Transformation im Weg. Sie verbrauchen
- 33 enorme materielle und finanzielle Ressourcen sowie fossile Treibstoffe. Weltweit verursacht das
- 34 Militär enorme Mengen an klimaschädlichen Emissionen durch Krieg, Rüstungsproduktion,
- 35 Einsätze und Manöver. Allein das US-Militär ist einer der größten Klimasünder der Geschichte.
- 36 Deshalb gilt: Abrüstung ist Klimaschutz, Friedenspolitik ist Klimapolitik.
- 37 Linke Ökologiepolitik weiß um die Grenzen rein marktkonformer Instrumente wie dem
- 38 Zertifikatehandel oder einer CO<sub>2</sub>-Steuer. Sie sind tendenziell ungerecht, nicht geeignet, das
- 39 notwendigen Maß an Reduktionen zu erreichen und unter kapitalistischen Rahmenbedingungen
- 40 meist kontraproduktiv. So sinnvoll sie, beim Fehlen besserer Lösungen, übergangsweise oder in
- 41 Teilbereichen sein können, so wenig sinnvoll sind sie als globaler Lösungsansatz.
- 42 Der sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft wird mit tiefgreifenden strukturellen Veränderungen

43 verbunden sein. Er beinhaltet einen mehrfachen Umverteilungsprozess: von oben nach unten, von  
44 fossil zu erneuerbar, vom globalen Norden in den globalen Süden, von Staat zu Bürger\*innenschaft  
45 und von privat zu öffentlich.

46 Die Zukunft ist offen und Geschichte wird gemacht. Der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft  
47 ist ein soziales und demokratisches Erneuerungsprojekt, das auch auf eine Umgestaltung der  
48 Geschlechterverhältnisse abzielt. Es verfolgt das Ziel, ein gutes Leben, Solidarität und nachhaltige  
49 Weisen von Produktion und Konsum miteinander zu verbinden.

50 Den Widersprüchen des Kapitalismus und dem System der Ausbeutung stellen wir die Vision einer  
51 Gesellschaft entgegen, die in einem respektvollen Verhältnis zu den Mitmenschen und zur Natur  
52 lebt. In der die Fürsorge für das Leben und seine Grundlagen im Mittelpunkt stehen, und die  
53 getragen wird von den Werten des Teilens, der Zusammenarbeit, des Respekts und der  
54 Gleichberechtigung. In einer solidarischen Wirtschaftsweise werden die Produkte nicht für mehr  
55 Profit, sondern für die Befriedigung realer menschlicher Bedürfnisse und mit Bezug auf die  
56 Grenzen der Belastbarkeit der Biosphäre produziert. Befreit vom Ballast des erstickenden  
57 Scheinwohlstands und der kapitalistischen Verwertungszwänge, wird der Weg geebnet zu einem  
58 wirklich guten Leben. Eine nachhaltige Ökonomie verspricht ein Mehr an Zeit, mit ihr ist ein  
59 deutlich geringeres Maß an Erwerbsarbeit (im Sinne einer kurzen Vollzeit) verbunden. Jede\*r  
60 findet gleichberechtigt Zeit für Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Freund\*innen, für Demokratie  
61 und Gemeinschaft und für sich selbst und die eigene Entwicklung. Mit einer neuen Verteilung von  
62 Lebenszeit lassen sich auch alte Rollenklischees, strukturelle Benachteiligungen und Unter-  
63 drückung aufbrechen; auch wird eine geschlechtergerechte Verteilung von Arbeit, Zeit, Ein-  
64 kommen und Ressourcen und demokratischer Teilhabe aller denkbar.

65 Eins ist für uns klar: DIE LINKE. Hessen rettet Klima und Menschen, nicht Kapitalismus und  
66 Aktienkurse!

### 67 **Car is over!**

68 Viel zu lange haben sich Bundes- und Landesregierung zur Dienerin der Automobilkonzerne und  
69 deren Profitinteressen gemacht. Sie decken deren Abgasbetrug, wälzen die Kosten – auch für den  
70 ökologischen Fußabdruck – auf die Kund\*innen und Steuerzahlenden ab und betreiben damit eine  
71 Politik für die Kapitalinteressen einiger weniger. Bundes- und Landesregierung verschlafen damit  
72 den notwendigen Wandel der Mobilität hin zum öffentlichen Verkehr sowie der Förderung von  
73 Fuß- und Radverkehr.

74 Immer noch stammt etwa ein Drittel der klimaschädlichen Treibhausgase in Hessen aus dem PKW-  
75 LKW- und Luftverkehr, das Individualverkehrsaufkommen steigt seit Jahren weiter an.

76 Die Strategie der Landesregierung den PKW-Verkehr auf private Elektromobilität umzustellen greift  
77 zu kurz, um den nötigen Teil des Landes zu einer klimagerechten Welt beizutragen. Die  
78 massenhafte Einführung des Elektroautos ist kein Beitrag zum Klimaschutz, sondern nur eine  
79 Fortsetzung der Autopolitik der Konzerne. Diese wollen damit ihre Produktions- und Profit-  
80 maschine wie bisher weiterlaufen lassen. Das Klima wird auch durch die Massenproduktion von E-  
81 Autos und den benötigten Batterien geschädigt. Durch die Rohstoffgewinnung (u.a. Lithiumsalze)  
82 werden zudem Umweltverschmutzung, Treibhausgasemissionen und Ausbeutung in den globalen  
83 Süden ausgelagert.

84 Das „Freiheitsversprechen“ der Autoindustrie ist in Wahrheit ein Zwang zum Auto. Dem setzt DIE  
85 LINKE. Hessen eine gerechte sozial-ökologische Mobilitätswende und Mobilitätsgarantie für alle  
86 Menschen – ob in den Städten oder dem ländlichen Raum – entgegen. Sie befreit die Städte vom  
87 Individual-Autoverkehr, verhindert den Verkehrskollaps und macht damit sichere Räume für  
88 öffentlichen Nahverkehr, Radfahrende und Fußgänger\*innen frei. Sie schafft damit nicht zuletzt  
89 auch mehr Lebensqualität in den Städten und Gemeinden.

90 DIE LINKE. Hessen will einen schnellen und umfassenden Ausbau der Öffentlichen Personen-  
91 verkehrsmittel, die Schaffung von Räumen für das Fahrrad und eine Politik der kurzen Wege. Das

92 schafft die Voraussetzung, um aus dem Autoindividualverkehr auszusteigen.

93 **Deshalb kämpfen wir für:**

- 94 • den massiven Ausbau des ÖPV sowie für neue S-Bahnen und RegioTram-Strecken in den
- 95 Städten sowie dem ländlichen Raum. Bis 2030 soll der ÖPV so ausgebaut sein, dass auf die
- 96 Nutzung des motorisierten Individualverkehrs verzichtet werden kann;
- 97 • das Ziel der kostenfreien Nutzung des Öffentlichen Personenverkehrs (Nulltarif)
- 98 • eine Mobilitätsgarantie für alle im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge, durch die
- 99 Bereitstellung benötigter finanzieller Mittel für die Kommunen (Verkehrswende vor Ort)
- 100 • die Reduzierung von Verkehrsflächen für den PKW zugunsten anderer Verkehrsteil-
- 101 nehmer\*innen wie z.B. Fahrrad, E-Bike und Fußgänger\*innen
- 102 • den Ausbau des Fern- und Schnellradnetzes in Hessen
- 103 • Car- und Bike-Sharing als Teil des Öffentlichen Nahverkehrs auch auf dem Land
- 104 • eine radikale Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Ab 2030 sollen nur noch
- 105 PKW mit Null CO<sub>2</sub>-Emission zugelassen werden;
- 106 • ein Verbot der Nutzung von SUVs in den Innenstädten
- 107 • eine Höchstgeschwindigkeit von 120km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und
- 108 30 km/h innerorts
- 109 • den sofortigen Stopp des Autobahnausbaus in Hessen
- 110 • eine drastische Reduzierung sowie die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und
- 111 die Binnenschifffahrt
- 112 • ein Verbot aller inner-deutschen und inner-europäischen Kurzstreckenflüge, die mit einer
- 113 Bahnfahrt von weniger als 6 Stunden bewältigt werden können
- 114 • den Stopp des Ausbaus des Frankfurter Flughafens, sowie die Stilllegung der Landebahn
- 115 Nord-West, eine Reduktion der Flugbewegungen in Frankfurt auf 380.000 pro Jahr, die
- 116 Rückstufung des Flughafens Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz sowie ein generelles
- 117 Start- und Landeverbot an den Flughäfen zwischen 22:00 und 6:00 Uhr
- 118 • eine Abkopplung der Mobilität von Wirtschaftsinteressen und Überführung des Sektors in
- 119 gemeinwohlorientierte Geschäftsformen

120 **Widerstand den Strom-Riesen!**

121 Jahrzehnte des Neoliberalismus sowie der hemmungslosen Ausbeutung von Mensch und Natur zu

122 Gunsten weniger Reicher haben unsere Welt an der Rand der Klimakatastrophe geführt. Diese ist

123 zur Existenzbedrohung der gesamten Menschheit geworden.

124 "Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!" ist deshalb zurecht der Slogan der

125 Jugend, die bei den „Fridays For Future“-Demonstrationen weltweit eine Politik fordert, die ihnen

126 eine lebenswerte Welt rettet. Dazu muss aber vor allem der Anteil fossiler Brennstoffe bei der

127 Energieerzeugung drastisch und schnell gesenkt werden mit dem Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität in Hessen

128 bis 2035.

129 Die Energiewirtschaft ist für etwa die Hälfte aller Treibhausgasemissionen in Deutschland

130 verantwortlich – trotzdem bleibt die hessische Landesregierung beim Ausbau der regenerativen

131 Energien zurück und belegt im bundesweiten Vergleich nur den traurigen 14ten Platz.

132 DIE LINKE. Hessen legt sich dafür – und für unser aller Zukunft – mit den mächtigsten Konzernen

133 der Welt an: den Energiekonzernen. Sie bittet die zur Kasse, die von der Zerstörung unserer

134 Umwelt so lange und mit Wissen um die Konsequenzen profitiert haben. Um das zu erreichen sind

135 Alternativen zur kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise zwingend nötig. Sie sind nicht

136 nur machbar, sondern dringender erforderlich denn je.

137 Das heutige Niveau des Energieverbrauchs mittels erneuerbarer Energiequellen einfach

138 substituieren zu wollen ist eine Illusion. Vorrangig ist deshalb darauf zu achten, auf welchen

139 Energieverbrauch wir von vornherein verzichten können.

140 Anti-Kohle-Protteste, die Besetzung des Hambacher Waldes sowie vieler Kohletagebau-Stätten  
141 unter der Beteiligung zehntausender junger und alter Menschen stimmen uns jedoch  
142 hoffnungsvoll, die Klimakatastrophe gemeinsam verhindern zu können.

#### 143 **Deshalb kämpfen wir für:**

- 144 • für eine Zerschlagung der Energiekonzerne und eine Überführung des Energiesektors in  
145 die gemeinwohlorientierte öffentliche oder genossenschaftliche Hand
- 146 • eine Stärkung von Kommunen und Energiegenossenschaften zum Aufbau einer dezentralen,  
147 gemeinwohlorientierten, sozialen Energieversorgung durch regenerative Energien
- 148 • den sofortigen Ausstieg aus der Kohleverbrennung bei Staudinger & Co.
- 149 • einen kompletten Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2030
- 150 • ein Verbot von Fracking und Infrastruktur zur Weiterverarbeitung von importiertem  
151 Fracking-Gas
- 152 • die Umsetzung des Verbots von Stromsperren
- 153 • die Wiedereinführung einer staatlich kontrollierten Strompreisaufsicht
- 154 • die Einführung von Stromtarifen (Energie-Bonus), die Stromsparen belohnen und  
155 überdurchschnittlichen Energieverbrauch teurer machen
- 156 • die pachtfreie Überlassung von geeigneten Flächen für Windkraftanlagen an die  
157 Kommunen durch den Landesbetrieb Hessenforst
- 158 • die Senkung des Wärmebedarfs durch Modernisierung von Gebäuden
- 159 • eine gesetzliche Verankerung gleichbleibender Gesamtmietkosten (Warmmieten-  
160 neutralität) bei energetischen Sanierungen von Wohnungen
- 161 • eine generelle Anpassung der Kosten der Unterkunft bei energetisch sanierten  
162 Wohnungen

163 Uns ist klar, dass die aufgeführten Veränderungen mit einem massiven Umbau des Arbeitsmarktes  
164 einhergehen. Das schürt Ängste und führt zur Verunsicherung der Beschäftigten. Sozial-  
165 ökologischer Umbau bedeutet aber, dass auch die Belange der Beschäftigten eine zentrale Rolle  
166 spielen müssen.

167 Zum einen werden viele neue Arbeitsplätze entstehen, dafür brauchen wir Umschulungs- und  
168 Weiterbildungsmaßnahmen. Daneben brauchen wir eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei  
169 Lohnausgleich, denn es gibt genug Arbeit – sie ist nur falsch verteilt. Hinzu kommen Vorruhe-  
170 standsregelungen, die nicht in die Altersarmut führen. Für die Übergänge werden Auffang-  
171 gesellschaften gebraucht.

#### 172 **Für eine sozial-ökologische Agrarwende**

173 Die industrialisierte Intensivlandwirtschaft trägt erheblich zum Verlust der biologischen Vielfalt  
174 bei. Dünger und Pestizide gefährden unsere Gewässer, vermindern die Fruchtbarkeit der Böden  
175 und senken ihr Kohlenstoffspeichervermögen. Bundesweit ist die Landwirtschaft für 7-8 Prozent  
176 der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich, ihr Anteil liegt damit sogar leicht über den  
177 Emissionen aller Industrieprozesse in Deutschland. Die Orientierung auf Produktionssteigerun-  
178 gen, Exporte und Gewinne auf Basis von Standortkonkurrenz zerstört unsere Umwelt und  
179 darüber hinaus in Ländern des globalen Südens die Existenzgrundlage vieler Bäuer\*innen. Welt-  
180 weit dienen 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Tierproduktion. Die umweltzer-  
181 störende Landnutzung und der durch die Nahrungsmittelindustrie beförderte Konsum tierischer  
182 Produkte verschärfen die Klimakrise weiter. In der Folge wird die Ernährungssicherheit der  
183 gesamten Menschheit aufs Spiel gesetzt.

184 Immer mehr Menschen wollen sich vor allem gesund ernähren sowie dabei Klima und Umwelt

185 schützen. Eine große Mehrheit lehnt Massentierhaltung ab, 80 Prozent wollen vor allem saisonale  
186 und regionale Lebensmittel kaufen, gut 40 Prozent sogar Biolebensmittel. Um dies nachhaltig und  
187 sozial gerecht möglich zu machen, braucht es eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft.

188 DIE LINKE. Hessen kämpft für eine ökologisch nachhaltige und solidarische Landwirtschaft, eine  
189 am Gemeinwohl orientierte Versorgung der Menschen mit Agrarprodukten und Lebensmitteln,  
190 von der Landwirt\*innen auch gut leben können. Wir wollen eine möglichst regional verankerte  
191 Agrarpro- duktion, die sozial ist und dabei unsere Umwelt schützt. Wir verknüpfen ökologische  
192 Notwendigkeiten mit sozialen Fragen. Bei diesem sozial-ökologischen Umbau müssen die Betriebe  
193 mitgenommen werden.

#### 194 **Deshalb kämpfen wir dafür:**

- 195 • die EU-Agrarförderung (Gemeinsame Agrarpolitik / GAP) grundsätzlich an ökologische und  
196 soziale Kriterien zu binden. Ein Kriterium für die Förderung soll die Schaffung  
197 sozialversicherungspflichtiger Arbeits- und Ausbildungsplätze sein;
- 198 • die Anwendung von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln unverzüglich zu untersagen  
199 – wie auch die Einfuhr von Agrarprodukten, die unter Einsatz von Totalherbiziden oder  
200 Neonicotinoiden erzeugt wurden
- 201 • die Produktion von Biomasse wie z.B. Mais, zum alleinigen Zweck der Energiegewinnung  
202 (Biogas) zu beenden. Es darf zu keiner Anbaukonkurrenz zwischen Tank und Teller kommen  
203 – weder in Hessen noch anderswo;
- 204 • dass samenfestes Saatgut gemeinfrei wird und die konventionelle Zucht von Pflanzen und  
205 Tieren gefördert wird. Den Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere zur  
206 Erzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen lehnen wir grundsätzlich ab;
- 207 • spezielle Förderungen und Rahmenbedingungen für effektivere Landbewirtschaftungs-  
208 systeme, wie z.B. Agroforst, Permakultur oder "Market Gardening" ins Leben zu rufen
- 209 • hochwertige Ackerböden gesetzlich vor Versiegelung zu schützen
- 210 • dass im Sinne des Tier-, Klima- und Umweltschutzes große Geflügelzuchtanlagen keine  
211 Genehmigung erhalten. Es ist auch das subventionierte Hühnerklein aus Hessen, das  
212 Menschen in Afrika um ihre Lebensgrundlage bringt;
- 213 • die erlaubte Anzahl von Nutztieren (Viehbesatz) an die Flächengröße und die Bodenarten  
214 der Betriebe anzupassen. Tiertransporte sind zu vermeiden und, wo zwingend notwendig,  
215 auf maximal 4 Stunden zu begrenzen sowie stressfrei zu organisieren
- 216 • den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung ist auf zwingend notwendige Behand-  
217 lungen zu begrenzen. Der Einsatz von Reserveantibiotika in der Tiermast muss verboten werden;
- 218 • die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte zu fördern und  
219 erheblich auszubauen. Um landwirtschaftliche Produkte lokal verarbeiten zu können,  
220 gehört hierzu auch eine Wiederansiedelung z.B. regionaler Schlachthöfe, Molkereien oder  
221 Getreidemühlen;
- 222 • das Kartellrecht so zu ändern, dass die Marktmacht der Verarbeitungs- und  
223 Vermarktungskonzerne begrenzt sowie soziale und ökologische Gemeinwohlinteressen  
224 durchgesetzt werden können
- 225 • die Mehrwertsteuer für ökologisch erzeugte Lebensmittel von gegenwärtig 7 Prozent auf  
226 Null abzusenken, um so erzeugte Lebensmittel für alle bezahlbar zu machen
- 227 • Lebensmittelvernichtung zu beenden. Das Wegwerfen von Lebensmitteln im Einzelhandel  
228 gehört verboten!

#### 229 **Systemwandel bleibt Handarbeit!**

230 Die Dimension der Aufgabe und die Macht der Gegenseite sind für uns die Herausforderung. Aber  
231 wir sind viele, wir sind kreativ, wir sind laut und wir verstehen uns als Teil einer globalen  
232 Protestbewegung. Egal ob auf der Straße oder auf dem Acker: Wir tragen die politische

- 233 Auseinandersetzung für Mensch und Natur mit.
- 234 Auf allen politischen Ebenen, egal ob im Landtag, in der Stadt oder auf dem Dorf tragen wir unsere  
235 sozial-ökologischen Forderungen vor. Dazu gehören Anträge zur Erweiterung des ÖPNV, die  
236 energetische Sanierung von Gebäuden, Maßnahmen der Wasserreinhaltung sowie eine  
237 Wirtschaftspolitik, die solche Unternehmen stärkt, die im Sinne eines sozial-ökologischen Umbaus  
238 arbeiten. Zukünftig werden sich alle politischen Handlungen daran messen lassen müssen, ob sie  
239 der Vernichtung unserer Lebensgrundlagen Einhalt gebieten können. Eine konsequente Politik der  
240 Erhaltung unserer ökologischen Grundlagen duldet keinen weiteren Aufschub und keine faulen  
241 Kompromisse mehr!
- 242 Wir lernen und diskutieren! Auf allen Ebenen der Partei wollen wir uns mit dem sozial-  
243 ökologischen Umbau beschäftigen. Dazu organisieren wir bis in unsere Stadtteilgruppen und  
244 Ortsverbände hinein Diskussionsveranstaltungen sowie Gesprächsrunden, laden Experten ein und  
245 organisieren öffentliche Veranstaltungen. Wir wollen uns mit denen, die schon lange Zeit in diesen  
246 Bereichen arbeiten, austauschen. Deshalb suchen wir aktiv den Kontakt zu lokalen Initiativen und  
247 Umweltverbänden, um von ihnen zu lernen und deren Aktionen zu unterstützen.
- 248 Wir mischen uns ein! Wir brauchen keinen grün gefärbten Kapitalismus, der weiterhin Gewinne  
249 privatisiert und die Lasten der Allgemeinheit aufbürdet.
- 250 DIE LINKE steht für ein besseres Leben für Alle und einen wirksamen Schutz unserer  
251 Lebensgrundlagen.